



Teure Selbstinszenierung einer Staatspartei

von Kevin Reißig

Seit mehr als einem Vierteljahrhundert regiert die CDU den Freistaat. Immer wieder werden Fälle bekannt, in denen sie Steuermittel für ihre parteipolitische Profilierung nutzt. Das ruft ebenso regelmäßig den LINKEN-Abgeordneten André Schollbach auf den Plan, der dann von der Staatsregierung Stellungnahmen einfordert. Immer öfter muss darum kämpfen, dass seine Kleinen Anfragen vollständig beantwortet werden. Denn im Moment des Verdachts hüllt sich die neue Staatspartei verschämt in Schweigen.

Den Wasserfluten von 2013 folgte im Freistaat die Orden-Flut. Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) verlieh zwischen 2013 und 2015 in 38.433 Fällen den „Sächsischen Fluthelferorden“. Klar, auch die Linksfraktion achtet das Engagement der vielen Helferinnen und Helfer, die sich im Kampf gegen die Schlamm- und Wassermassen verdient gemacht haben. Fraglich ist für Schollbach allerdings, ob es der massenhaften Vergabe von Orden bedarf, um ihre Leistung zu würdigen. Schließlich nütze die Orden-Flut vor allem der CDU-geführten Staatsregierung, deren Vertreter die Auszeichnungen in öffentlichen Veranstaltungen verleihen konnten, mit Pomp und zahlreich anwesender Parteiprominenz.

Die Herstellung der Orden verursachte Kosten in Höhe von 268.619 Euro, zu tragen durch die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Auch Lutz Bachmann, ein mehrfach vorbestrafter Krimineller, wurde ausgezeichnet. Als Schollbach von der Regierung wissen wollte, wer den Flutorden neben ihm noch erhalten hat, zeigte man ihm zwar die Listen, verbot aber deren Veröffentlichung. Dagegen wehrt er sich vor dem Sächsischen Verfassungsgerichtshof, weil ihn die CDU-geführte Regierung in seiner Arbeit als Oppositionsabgeordneter behindert, wenn sie mittels angeblich vertraulicher Informationen einer öffentlichen Diskussion ihrer Entscheidungen ausweicht.

Diese Taktik verfolgt sie auch in einem weiteren Fall von peinlicher Selbstinszenierung, für den ebenfalls ein sechsstelliger Betrag aufgewendet worden ist: die Veröffentlichung der Tagebücher des Ex-Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf (ebenfalls CDU). Für



Über 300.000 Euro an Steuergeldern stecken in den Bänden der Biedenkopf-Tagebücher

ihre Aufbereitung flossen 307.900 Euro aus der Staatskasse an die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung. Die Rechtfertigung: „staatspolitisches Interesse“, man wolle die Memoiren „einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen“. Deren Begeisterung blieb freilich aus, denn Biedenkopfs eitle Selbstbeweihräucherung hat einen recht unerschwingbaren Unterhaltungswert (Kostprobe: „Jetzt kann ich in Deutschland und Europa eine wichtige Rolle spielen. Die Menschen werden die Kraft spüren“). Bis Ende 2015 wurden von beiden Bänden jeweils weniger als 1.000 Exemplare verkauft – inklusive zahlreicher Tagebücher, die Biedenkopf selbst erwarb und dann verschenkte, etwa an die Abgeordneten des Landtages.

Zur Rolle von Ministerpräsident Tillich auf dem Weg zu diesem publizistischen Rohrkrepiierer ist Streit zwischen dem heutigen und dem früheren Regierungschef entbrannt. Zunächst dankte Biedenkopf seinem Nachfolger schon im Tagebuch-Vorwort für dessen Entscheidung, „die Publikation des Tagebuches zu seiner Sache“ zu machen. Die Staatskanzlei ließ Schollbach auf dessen Nachfrage, wie das konkret abgelaufen sei, nur wissen, Tillich sei Biedenkopfs Wunsch nach einer Aufbereitung und Publikation der Erinnerungen „bekannt“ gewesen. Der Abgeordnete zog auch in dieser Sache vor Gericht,

um genauere Auskünfte zu erstreiten; in diesem Fall ist ebenfalls im Laufe des Jahres mit einem Urteil zu rechnen.

Interessanterweise erzählte Biedenkopf der „Sächsischen Zeitung“ zwischenzeitlich in einem Interview, das Tagebuchprojekt sei „ein Projekt des Freistaates“; Tillich habe es anlässlich des 25-jährigen Jubiläums des Freistaates selbst vorgeschlagen. Das widerspricht der Aussage der Staatskanzlei, Tillich sei lediglich Biedenkopfs Wunsch bekannt gewesen. Der Alt-Regierungschef wörtlich: „Das Land sollte die Kosten für die Bearbeitung und die Veröffentlichung der Texte und den Erwerb der Rechte übernehmen. Die Kosten für die Neuauflage des ersten Bandes haben wir selbst übernommen. Inzwischen lehnt der Ministerpräsident die weitere Erfüllung unserer Vereinbarung ohne Begründung ab. Hätten wir das gewusst, hätten wir Tillichs Angebot nie angenommen“. Die Staatskanzlei widerspricht in ihrer Antwort auf eine weitere Nachfrage Schollbachs: Tillich habe Biedenkopf keineswegs ein Angebot gemacht; es seien mit Biedenkopf auch keine Vereinbarungen getroffen worden, „aus denen sich eine Verpflichtung zur Publizierung von dessen Tagebüchern ergibt“. Umso spannender ist nun der Ausgang des Organstreitverfahrens vor dem Verfassungsgerichtshof.

Bürgersprechstunden unter freiem Himmel

Mit Stadtrat
Andreas Naumann
30. September
15 bis 17 Uhr
Konsum Spitzwegstraße

Mit Stadtrat
Hans-Jürgen Muskulus
07. Oktober
8 bis 10 Uhr
Lingnermarkt

Mit Piraten-Stadtrat
Martin Schulte-Wissermann
10. Oktober
17 bis 19 Uhr
Scheunenvorhof

Mit Stadträtin
Jacqueline Muth
11. Oktober
15 bis 17 Uhr
Jorge-Gomondai-Platz

Mit Stadträtin
Anja Apel
12. Oktober
15 bis 17 Uhr
Käthe Kollwitz Platz

Mit Piraten-Stadtrat
Norbert Engemaier
13. Oktober
14 bis 16.30 Uhr
SLUB

Mit Stadträtin
Rica Gottwald
14. Oktober
9 bis 11 Uhr
Lingnermarkt

Mit Stadträtin
Rica Gottwald
15. Oktober
11 bis 13 Uhr
Prager Straße

Weitere Termine folgen im November!

Zirkusreif: wie Baulöwen mit Baupreisen jonglieren

von Tilo Wirtz

Wer im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau gelegentlich Projektentwickler wohlwollend darauf hinweist, dass die ins Auge gefassten Mieten oder Preise für Wohnungen für die meisten Menschen in Dresden unerschwinglich sind, erntet auch schon mal die Replik, dass die Politik ja schuld sei an der Preisexplosion. Immer neue Regulierungen, Standards und Vorschriften würden das Bauen unbezahlbar machen und überhaupt dieser ganze Irrsinn mit der Energieeinsparverordnung und der Dämmerei gehöre abgeschafft, die Normen entrümpelt, die Baustandards gesenkt und Stellplätze würden auch keine mehr gebraucht, da die Leute ja keine Autos mehr hätten, davon würde man auch gerne befreit werden. Tatsache sei ja nun, dass die Baukosten seit 2002 um über vierzig Prozent gestiegen seien! An dieser Stelle lehnen sich die sprichwörtlichen Immobilienhaie zurück, lassen ihre Worte wirken und verschränken die Arme über dem Bauch, wobei der zurück rutschende Ärmel des Designersakos die goldenen Manschettenknöpfe und am Handgelenk eine Uhr im Gegenwert einer Jahreswarmmiete freilegt.

Jammern ist der Gruß der Kaufleute

Ein altes levantinisches Sprichwort sagt „Jammern ist der Gruß der Kaufleute“. Deshalb ist angeraten, Behauptungen zu Baupreisen auf ihren Realitätsgehalt zu prüfen. Denn die Gefahr des Mitnahmeeffektes und der Erhöhung der Gewinnmarge ist gegeben, wenn den vollmundig vorgetragenen Forderungen der Immobilienlobby einfach nachgegeben wird. Beschäftigen wir uns zunächst mit dem Baupreisindex (Abbildung Baupreisindex für Sachsen). Zunächst ist durchaus wahr, dass der Baupreisindex auf Basis des Jahres 2002 bis 2014 um

über vierzig Prozent gestiegen ist. Nicht zu leugnen. Aber: Unterschlagen wird dabei blauäugig, dass im Zuge der Baukrise von 1995 bis 2002 die Baupreise zunächst um fast zwanzig Prozent gefallen sind! Wird als Basisjahr der Betrachtung also 1995 gewählt, resultiert noch eine durchschnittliche Erhöhung der Baupreise nominal etwas über zwanzig Prozent. Und zwar zwanzig Prozent in zwanzig Jahren und nicht vierzig Prozent in fünfzehn Jahren. Zum Vergleich, die Verbraucherpreis-inflation lag in der gleichen Zeit bei 34 Prozent. Das bedeutet, dass die Entwicklung der Baupreise sogar über zehn Prozent unter der Inflationsrate lag. Deshalb können Baupreissteigerungen als Rechtfertigung für Exzesse am Wohnungsmarkt nicht verantwortlich gemacht werden. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass die Wohnungsneubauten in Dresden im Wesentlichen bis 1997 erstellt worden sind, die niedrigen Baupreise im ersten Jahr-

zehnt nach 2000 also nicht relevant für den Markt sind, da in dieser Zeit kaum neue Wohnungen errichtet wurden. Begründet werden die behaupteten Baupreissteigerungen oft mit den Anforderungen an den Wärmeschutz in Verbindung mit Maßnahmen zur Energieeffizienz von Gebäuden.

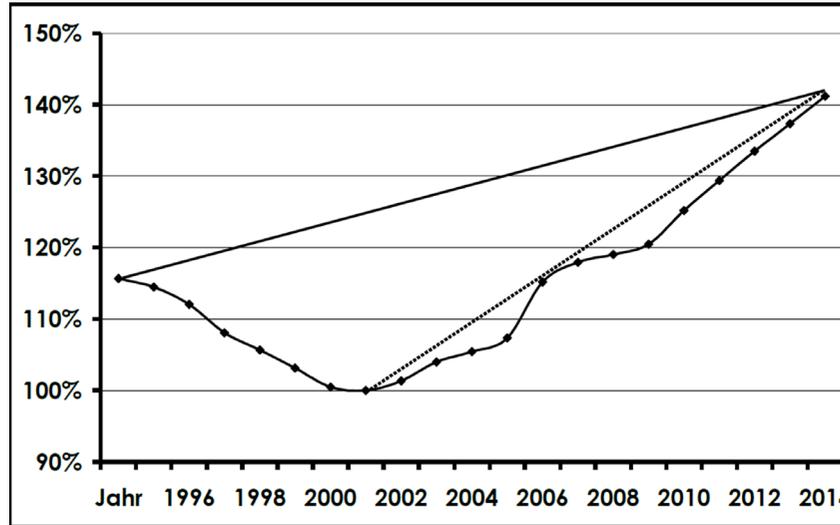
Baupreisindex – alles eine Frage des Basisjahres

Aber diese Behauptung lässt sich schon am Baukostenindex nicht nachvollziehen. Wirklich gravierende Erhöhungen der Anforderungen gab es nur 1995 mit der Einführung der Wärmeschutzverordnung (WSVO 95) und 2009 mit der Novellierung der seit 2002 gebräuchlichen Energieeinsparverordnung (ENEV). Wie schon gesagt, nach 1995 sanken die Baukosten dessen ungeachtet drastisch. Die Steigerung nach 2009 entspricht der Baukonjunktur und setzt sich

jährlich stetig fort. Angesichts von erheblichen Schwankungen der Baupreise in Abhängigkeit von der Baukonjunktur muss außerdem betrachtet werden, ob der Anteil für Wärmedämmung & Co. an den Gesamtbaukosten gestiegen ist. Eine im Deutschen Ingenieurblatt veröffentlichte Untersuchung kommt dabei zu dem Ergebnis, dass beim Neubau eines Mehrfamilienhauses der Anteil für Heizungsinstallation, Wärmedämmung und Lüftungstechnik im Jahr 2000 einen Anteil von durchschnittlich 8,8 Prozent hatte, während 2014 dieser Anteil mit 13,6 Prozent zu Buche schlug, eine Steigerung von lediglich knapp 5 Prozent. Auch hier kann von einer Kostenexplosion keine Rede sein.

Energieeinsparung als Geldverschwendung?

Abgesehen davon, dass dem größtenteils einmaligen Aufwand in Wärmedämmung und Heiztechnik eine jahrzehntelange Ersparnis nicht nur an Geld, sondern auch an Energieträgern gegenübersteht, ist auch der Anteil von Dämmung und energetischer Haustechnik an den Gesamtbaukosten nicht ins Maßlose gestiegen. Zu beachten ist jedoch, den Aufwand für Energieeffizienz würde bei einer Lockerung der Anforderungen der Investor sparen, während die dann höhere Energieerzeugung an diejenigen weitergereicht wird, die am Ende die Häuser bewohnen. Ob allerdings die Kostenerparnis für schlechtere, weil in der Nutzung teurere Häuser von der Immobilienwirtschaft auch weitergegeben werden würden, darf stark bezweifelt werden. Denn der Preis einer Immobilie richtet sich nicht so sehr nach ihrer Qualität und dem, was ihre Herstellung gekostet hat, sondern nach Angebot und Nachfrage.



Baupreisindex 1995 bis 2014 – nominal (Basis 2001 = 100), 40 Prozent Teuerung seit 2002 oder 20 Prozent seit 1995?

Heinrich Schütz Konservatorium

Musik zivilisiert: Wir re-kommunalisieren die Musikschule

von Cornelia Eichner

Isaac Stern, ein berühmter Geigenvirtuose sagte einst: „Ich habe das immer geglaubt, inzwischen ist es bewiesen: Kinder, die zwischen ihrem 5. und ihrem 14. Lebensjahr eine musikalische Ausbildung erhalten, haben anderen gegenüber einen Vorsprung: in logischem Denken, in Mathematik, in Erinnerungsvermögen und in ihren Manieren. Das Grundprinzip der Musik ist Ordnung, und Ordnung braucht man überall im Leben. Musik zivilisiert. Musik macht wachsam. Musik weckt die Fantasie. Sie tröstet dich, wenn du traurig bist, sie bringt dich zum Lachen, wenn du dir Sorgen machst und sie macht deinen Kopf klar, wenn alles drunter und drüber geht. Wer Musik lacht, lernt, nicht zu hassen. Wer Musik macht, lernt zu sehen, zuzuhören und zu denken. Und deshalb halte ich es für wichtig, ja notwendig, dass jedes Kind ab einem Alter von fünf Jahren ein Instrument erlernt.“ Man könnte noch wesentlich mehr über die positiven und sinnvollen Wirkungen von Musik und musikalischer Bildung erzählen. Nur durch qualifizierte musikalische Bildung wird differenzierter Zugang zur Musik ermöglicht, bleibt wichtiges Kulturgut für nachfolgende Generationen lebendig, werden zukünftige

Philharmoniker*innen für Großes befähigt. „Musik zeigt die Wichtigkeit, die Stärke und die Unverzichtbarkeit des Einzelnen - und doch zugleich auch die unverzichtbare Wichtigkeit aller anderen, gleichberechtigt agierenden Mitspielenden. In einem guten Ensemble sind alle Musizierenden gleichberechtigt, sie agieren zugleich solistisch und ensemblebezogen.“ sagt Konzertveranstalter Andreas Grosse.

Auf diese Art und Weise fördert kulturelle Bildung nicht nur Empathie, individuelle Entwicklung, Teamgeist und sachliche Fundiertheit, sondern auch komplexe Demokratieprozesse. Erhalt und Förderung von Demokratie sind wesentliche Aufgaben unserer Gesellschaft, sind eher, um mit Weizsäcker zu sprechen, der Teig im, anstatt das Sahnehäubchen auf dem Kuchen. Eine Stadt wie Dresden, die sich traditionell Kulturstadt nennt, als solche Touristinnenmagnet ist und die gar Kulturhauptstadt werden will, sollte sich dieser Verantwortung bewusst sein und sich ihr klar und aktiv stellen. Und das geht nur, indem wir heute nun endlich diesen Schritt gehen, das HSKD in einen kommunalen Eigenbetrieb zu überführen und damit



Foto: mittelstandbayern.de / pixelio.de die Musikschule mit ihren über 6000 Schülerinnen, die zugehörigen Eltern, Mitwirkenden, Angestellten und Honorarkräfte dauerhaft absichern. Dazu gehört in diesem Zusammenhang natürlich auch, dass wir längerfristig über gerechte Unterrichtsgebühren verhandeln, über faire Gehälter für Angestellte und über angemessene, sich dynamisch entwickelnde Vergütungen für die Honorarkräfte. Natürlich erschrecken die

in diesem Zusammenhang zu benennenden finanziellen Beträge. Bei genauerer Betrachtung wird aber deutlich, dass diese Mehrkosten nicht durch die Kommunalisierung erzeugt werden, sondern durch veränderte Bedingungen auftreten, ganz unabhängig von der Rechtsform der Musikschule: Es sind Tarifanpassungen der Festangestellten vorzunehmen, Mietsteigerungen auszugleichen, angemessene Honorare für Dozentinnen zu zahlen, Betriebskostensteigerungen zu finanzieren. Auch bemerken wir nicht nur an wachsenden kommunalen Steuereinnahmen die zunehmende Bevölkerungszahl in unserer Stadt, sondern auch an der steigenden Zahl der Musikschülerinnen. Das alles sind Kosten, die auch so auf den kommunalen Haushalt zukommen, egal ob wir das HSKD kommunalisieren oder aber nicht. Wenn wir diese Kosten aber so oder so stemmen, - und ja, es wird wohl niemand Interesse daran haben, im Zweifelsfall das HSKD aufzugeben und in Insolvenz gehen zu lassen - können wir nur gewinnen, wenn wir kommunalisieren, indem wir uns zu unserer Musikschule bekennen - es ist das richtige Zeichen für eine Stadt, die gerade jetzt kulturelle Bildung so nötig hat.

„Den Spagat hinbekommen“

100 Tage Bürgermeisterin: Wir wollten von Annektrin Klepsch wissen, wie es ihr seit ihrer Wahl zur Beigeordneten für Kultur und Tourismus am 6. August 2015 ergangen ist.

Anne, wie war die Umstellung von einer Stadträtin zur Bürgermeisterin?

Der schwerfällige Verwaltungsapparat mit sehr eigenständigen Ämtern war für mich tatsächlich gewöhnungsbedürftig. Man muss den Spagat hinbekommen, Vertrauen in die Ämter zu haben und trotzdem Kontrolle auszuüben. Ein Bürgermeister, der nur verwaltet, was Ämter zuarbeiten, kann nicht gestalten. Mit meinen vier Amtsleitern aus den Bereichen Kultur und Denkmalschutz, Stadtarchiv, Bibliotheken und Museen war es von Beginn an unkompliziert und konstruktiv. Da half die Erfahrung als Stadträtin.

Welche Aufgabe hast du als Erstes angepackt?

Als ich im November 2015 anfang, war mein Kalender schon mit Terminen bis Jahresende voll, weil viele Prozesse trotz Bürgermeisterwechsels ja weiter liefen, beispielsweise die Rekommunalisierung der Musikschule. Das Bespielungskonzept für den Kulturpalast war dringend zu klären, weil es ein halbes Jahr liegengeblieben war. Ein neuer Standort für die Volkshochschule und die Finanzierung einer mobilen Zuschauertribüne für die tjg-Studiobühne mit Hilfe des tjg-Fördervereins (die den Einsparungen im Bauprozess des Kraftwerks Mitte zum Opfer fiel) waren dringende Themen, die mir am Herzen lagen.

Wie läuft die Zusammenarbeit mit den anderen Beigeordneten?

Da die Mehrzahl der Bürgermeister neu im Amt war, sind wir positiv im Prozess einer wachsenden Zusammenarbeit. Es ist schön, wenn es Projekte gibt, die geschäftsbereichsübergreifend sind und an denen man gemeinsam arbeiten kann. Das Ringen der Bürgermeister um die finanzielle und personelle Ausstattung einzelner Ämter ist sicher unabhängig vom Parteibuch.

Wie funktioniert die Zusammenarbeit mit Oberbürgermeister Dirk Hilbert?

Da der Oberbürgermeister keine eigene Stadtratsmehrheit hat, ist er oft der Moderator politischer Prozesse, was im Interesse einer Kompromisslösung nicht das Schlechteste ist. Als Fachbürgermeister haben wir im Vergleich zur Vorgängerin mehr Handlungsfreiheit, aber die finanziellen und personellen Ressourcen sind wie gesagt begrenzt.

Woran musstest du dich in der neuen Position erst gewöhnen?

Dass meine Tage oft komplett mit Terminen und unterschiedlichsten Themen durchgeplant sind und dass ich nicht alle Vorgänge, die in in meinem Geschäftsbereich bearbeitet werden, im Detail beobachten und steuern kann, auch wenn ich am Ende unterschreiben muss. Ich bin aus meinen früheren Tätigkeiten flache Hierarchien gewohnt, das Einhalten der Verwaltungshierarchie ist durchaus gewöhnungsbedürftig.

Wie laufen Prozesse in der Verwaltung im Gegensatz zur Arbeit in der Fraktion?

Ehrenamtliche StadträtInnen können sich nur punktuell mit einzelnen, politisch besonders wichtigen Themen vertieft befassen. In der Verwaltung läuft ein Thema über viele Schreibtische und PCs, was es schwerfällig macht und mitunter unberechenbar. Ich wirke darauf hin, viele Dinge lieber im direkten Austausch zwischen verschiedenen Akteuren und Ämtern zu besprechen als sich wochenlang Stellungnahmen und Hausmitteilungen zuzuschicken.



Foto: wikimedia.org

Wie sind für dich Stadtratssitzungen, jetzt, wo du vorne auf der Bühne sitzt und nicht mehr als Stadträtin im Saal?

Meistens nutze ich die Sitzungszeit, um nebenbei zu arbeiten, also Unterlagen zu lesen oder E-Mails zu beantworten. Bei kontroversen Themen oder bekannten Pappenheimern würde ich mitunter gern kommentieren, aber dann denkt man sich seinen Teil. Es gehört zur parlamentarischen Demokratie, politische Kontroversen auch öffentlich in einem gesetzten

Rahmen wie dem Stadtrat auszutragen. Zum politischen Handeln gehört der Streit, wenn er sachlich bleibt.

Welches Erlebnis als frisch gebackene Bürgermeisterin war besonders einprägsam?

Mich hat beeindruckt, wie viele Hoffnungen bei vielen Kulturschaffenden der freien Szene und einiger städtischer Einrichtungen mit dem Amtswechsel verbunden waren, angefangen bei der Kommunikationskultur. Das treibt mich an und motiviert mich.

Wie lange ist für dich seitdem ein normaler Arbeitstag oder eine normale Arbeitswoche?

Eine kurze Arbeitswoche hat 40 Stunden, eine normale eher 50 – 60, wenn man die Abend- und Wochenendtermine mitzählt. Je mehr ich selbst gestalten und mit den Betroffenen im Gespräch sein oder inhaltlich gut vorbereitet sein möchte, umso mehr verlängert sich mein Arbeitstag.

Worauf legst du bei der Leitung so vieler Angestellter besonders Wert?

Mir ist wichtig, dass wir uns als MitarbeiterInnen ein- und derselben Stadt verstehen und gemeinsam an Lösungen und Ideen für Dresden arbeiten. Ich erwarte, dass sich MitarbeiterInnen für neue Themen interessieren und auch zu einem Perspektivwechsel bereit sind. Die Aussage „Das haben wir schon immer so gemacht.“ ist lähmend. Mein Credo ist: Wer das Gespräch mit mir sucht, bekommt eine Gelegenheit.

Welche Projekte liegen dir für die kommenden Jahre besonders am Herzen?

Die Existenzsituation der freien Szene ist eine große Herausforderung, denn es geht um finanzielle Ressourcen für Kunst und Honorare sowie um bauliche Rahmenbedingungen für die ich mich einsetze, die ich jedoch nicht allein lösen kann. Den Sanierungsstau bei den kleineren Kultureinrichtungen würde ich gern abarbeiten, wenn ich könnte. Die Neuarbeitung des Kulturentwicklungsplanes unter dem Gesichtspunkt soziale Integration und kulturelle Teilhabe sowie Kultur in den Stadtteilen ist ein Vorhaben für die Jahre 2017/18 und darunter fallen die Erweiterung des Palitzschhofes in Prohlis und Weiterentwicklung der Passage in Gorbitz. Darüber hinaus hoffe ich, dass die Rekommunalisierung der Musikschule (HSKD e.V.) im Stadtrat eine Mehrheit findet, die Vorlage geht jetzt in die Beratungen des Stadtrates. Die Kulturhauptstadtbewerbung ist eine Aufgabe, bei der wir die ganze Stadt mitnehmen und gewinnen müssen. Doch sie ist auch eine Chance, für die Entwicklung Dresdens als soziale und nachhaltig orientierte Stadt. Die Sanierung des Sachsenbades ist kein originär kulturpolitisches Thema, aber der Denkmalschutz liegt ebenfalls in meiner Verantwortung und ich sehe das Sachsenbad auch zukünftig in städtischer Verantwortung und als öffentlich genutzte Sportstätte.

Fragen: Pia Barkow



Feierliche Vereidigung der neuen Dezernentinnen und Dezernenten durch Oberbürgermeister Dirk Hilbert am 5. September 2015 (v.l.n.r.: Eva Jähnigen, Raoul Schmidt-Lamontain, Dr. Kris Kaufmann, Annektrin Klepsch, Detlef Sittel und Dr. Peter Lames) Foto: Max Kretschmar

Annektrin Klepsch

Nach ihrem Studium der Theater- und Kulturwissenschaft in Leipzig und Wien arbeitete Annektrin Klepsch als Dramaturgieassistentin bei den Salzburger Festspielen und am Berliner Ensemble. Bevor die Dresdnerin im Jahr 2009 in den Sächsischen Landtag und den Dresdner Stadtrat gewählt wurde, war sie als Projektleiterin, später als Geschäftsführerin eines Jugendvereins tätig. Wissenschaft und Hochschule, Kunst und Medien, Jugendpolitik und Soziokultur zählten zu den Fachbereichen der linken Kulturexpertin als Abgeordnete.

Öffentlich! Weil es wichtig ist

Den Stadtrat erreichte im Mai eine Vorlage zum Verkauf eines Grundstücks am Sachsenplatz vor. Das mehr als 7000 m² große Grundstück sollte im Rahmen einer Konzeptausschreibung für den Bau von Wohnungen verkauft werden. Die rot-grün-rote Mehrheit im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau allerdings schaltete einem Verkauf die Prüfung des Grundstücks auf Eignung für den kommunalen Wohnungsbau vor.

LINKEN-Stadtrat Tilo Wirtz, Mitglied im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau: „Wir bevorzugen eine Entwicklung der Flächen durch die neue städtische Wohnungsgesellschaft gegenüber einem Verkauf per Konzeptausschreibung mit einem nicht vorhersehbaren Ergebnis. Angesichts der Größe der Fläche besteht eine besonders gute Eignung für städtischen sozialen Wohnungsbau, während ein Verkauf auf Basis eines Konzeptes auf dem Prinzip Hoffnung beruht, dass es auch umgesetzt wird oder nicht gar scheitert.“

Mit dem Beschluss zum Betreiber- und Bespielungskonzept für den Kulturpalast, das am Donnerstag auf der Tagesordnung steht, ist der Weg frei, dass der Kulturpalast wie geplant im Jahr 2017 für die Philharmonie und andere Veranstaltungen genutzt werden kann. LINKEN-Stadträtin Jacqueline Muth, Mitglied im Ausschuss für Kultur: „Wir werden dem Konzept zustimmen. Die LINKE hat aber auch immer davor gewarnt, dass der umstrittene Umbau des Kulturpalastes teurer als geplant und zu einer finanziellen Belastung für die Stadt wird. Deshalb werden wir darauf achten, dass die bereitgestellten Mittel nicht zu Lasten der Förderung der Breitenkultur gehen werden. Die Projekt- und institutionelle Kulturförderung ist aus unserer Sicht ebenso wichtig wie die Förderung eines kulturellen Prestigeobjekts. Wir werden dafür sorgen, dass für beides in angemessener Weise Mittel zur Verfügung stehen.“

In der Stadtratssitzung am 29. September 2016 steht ein Prüfantrag der SPD zur Betreuung des Dynamo-Stadion auf der Tagesordnung. LINKEN-Stadtrat Tilo Kießling, Mitglied im Ausschuss für Finanzen und Liegenschaften: „Einer grundsätzlichen Prüfung der Betriebsverhältnisse wird sich DIE LINKE nicht entgegenstellen. Wir benötigen hier eine hohe Transparenz, damit sich niemand am Geld der Stadt bereichert.“

Ausverkauf stoppen!

Grundstücke für städtische und kulturelle Nutzung sichern

von Jacqueline Muth

Am 16. Dezember 2016 eröffnet das Kraftwerk Mitte als neuer und strahlender Kulturstandort in Dresden. Das „Theater Junge Generation“ und die Staatsoperette werden bis dahin ihre alten Standorte in Cotta bzw. Leuben aufgeben und neben anderen Nutzern ins Kraftwerk Mitte umziehen. Was wird dann mit den beiden städtischen Grundstücken passieren, auf denen die beiden Häuser bisher ansässig waren? Nahelegend erscheinen Nachnutzungen, die mit den Sälen und großzügigen Funktionsgebäuden im Einklang sind.

DIE LINKE hat einen Antrag eingebracht, wonach für die Liegenschaft des Theater Junge Generation mögliche Eigennutzungen durch die Stadt (Lager, Gästeunterbringungen etc) sowie zur Nutzung durch die Kreative Szene (Tanz, Bildende Kunst, Kreativwirtschaft etc) untersucht werden sollen. Für den Standort der Staatsoperette in Leuben prüft derzeit das Schulverwaltungsamt, ob sich die Liegenschaft zu einem Schulstandort umnutzen ließe.

Noch nicht geklärt ist, mit welchen Kosten für die Instandsetzung und Pflege der beiden Immobilien zukünftig ge-



Foto: wikimedia.org

rechnet werden muss. Beide Standorte wurden in den vergangenen Jahren unter CDU-Regentschaft heruntergewirtschaftet. Die Gebäude sind zwar nutzbar, erfüllen aber womöglich die heutigen Standards, zum Beispiel im Brandschutz, nicht mehr. Die Versäumnisse dieser jahrzehntelangen Misswirtschaft werden die städtischen Kassen in Zukunft teuer zu stehen kommen.

Es wäre verfehlt, hier im alten Automatismus die Grundstücke einfach zu verkaufen und sich damit der Herausforderung zu entziehen. Zu deutlich ist doch, dass der private Im-

mobilienmarkt nicht in der Lage ist, den Bedarf an bezahlbaren Räumen zu beantworten. Im Gegenteil: Je mehr Grundstücke instandgesetzt werden, desto stärker steigt der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum, aber auch an nutzbaren und bezahlbaren Arbeitsräumen für Künstler_innen und Kreativwirtschaft. Auch der Flächenbedarf für städtischen Wohnungs- und Schulbau sind wichtige Gründe, mit den wenigen noch nicht privatisierten Grundstücken im Stadtgebiet sorgsam umzugehen. Anstatt sie zu „verramschen“ müssen wir Wege zu finden, Bestandsbauten nach und nach zu sanieren und städtisch zu betreiben.

Kurz&Knapp
aus der Ratssitzung

Unsere Handschrift

Der Oberbürgermeister hat **Haushalt eingebracht**

den Doppelhaushalt 2017/2018 eingebracht. Er zeigt: Rot-grün-rot hat in den letzten zwei Jahren gut gewirtschaftet - Schwerpunkte wie das Sozialticket und die Vorbereitung des kommunalen Wohnungsbaus wurden angegangen und werden fortgesetzt - die Rücklagen der Stadt bleiben dennoch stabil. Die höchsten Investitionen in Schulen und Kitas seit 1990, zwei große Kulturprojekte - das ist Verpflichtung für die nächsten zwei Jahre. **André Schollbach:** „Unser Ziel besteht darin, alle zwischen LINKEN, Grünen, SPD und Piraten vereinbarten Projekte im Haushalt mit dem erforderlichen Geld zu untersetzen.“

Grundrecht Mobilität

Die Wohnquartiere in Trachenberge oberhalb der Maxim-Gorki-Straße brauchen eine bessere ÖPNV-Anbindung. Gemeinsam mit der CDU haben sich SPD und LINKE auf den Weg gemacht, erstmalig testweise einen Quartiersbus einzusetzen, dessen Möglichkeit nicht nur zu prüfen, sondern ihn tatsächlich fahren zu lassen.

Für Piraten-Stadtrat Martin Schulte-Wissermann „ein erster Schritt zum Einsatz von Quartiersbussen auch in anderen Stadtteilen.“ Die von uns vorgeschlagene Erweiterung eines Quartiersbusnetzes auch auf weitere unterversorgte Wohngebiete setzte sich trotz Enthaltung der Grünen-Fraktion durch - ein wichtiger Schritt.

Dialog statt Verbot

Eigentlich gibt es einen normalen Ablauf. Einwohnerversammlungen sind ein formal beschriebener Bestandteil kommunaler BürgerInnenbeteiligung. Wie es auch die Einwohnerversammlung zum Alkoholabgabeverbot in der Neustadt war, die DIE LINKE durchgesetzt hatte. Normalerweise informiert die Stadtverwaltung über den Verlauf solcher Versammlungen, im Falle der Alkoholabgabe aber tat sie sich in der im Stadtrat diskutierten Vorlage durch groteske Vorschläge vor, wie etwa mit dem Verbot von Glasflaschen täglich ab 22 Uhr. Rot-Rot-Grün setzte dem praktikable Vorschläge entgegen, so wie Pfandringe, bessere Abfallentsorgungsmöglichkeiten, sowie die Fortführung der Initiative „Ordnung und Sauberkeit“.

Veranstaltungstipp

Diskussionsveranstaltung
mit Jacqueline Muth

**Die Prießnitz
für alle!**

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat

13. Oktober

Wir AG, Martin-Luther-Straße 21
17 Uhr: Vorort-Begehung
18 Uhr: Vorstellung der Baumaßnahme
durch das Umweltamt Dresden

www.linke-fraktion-dresden.de

Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
E-Mail: fraktion@dielinke-dresden.de
V.i.S.d.P. André Schollbach
Satz und Layout: Max Kretzschmar
Mitarbeit an dieser Ausgabe:
Pia Barkow, André Schollbach, Tilo Wirtz, Jens Matthis, Jacqueline Muth
Fotos: pixelio.de, Roland Gärtner
Druck: Lausitzer Rundschau Druckerei
Cottbus
Auflage dieser Ausgabe:
6.000 Exemplare
Vertrieb: Schneller ist besser!
Logistik GmbH - Siblog